

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR
STADTENTWICKLUNG,
INFRASTRUKTUR UND
MARKETING**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 12. SIM 2009-2014 Sitzungsdatum: 22.06.2011 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 22.06.2011

Unter dem Vorsitz von Heiner Weißborn versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschriften der letzten Sitzungen
 - 1.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.04.2011
 - 1.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.05.2011
2. Demografischer Wandel in Übach-Palenberg
hier: Handlungsfeld Wohnen
3. Vorstellung der Planung für den Rathausplatz
4. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
5. 2. Änderung des Rahmenbetriebsplanes für den Tagebau Inden,
Stellungnahme zum Antrag der RWE Power AG vom 17.12.2010
6. Erweiterungen zur Tagesordnung
7. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung
Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

8. Erweiterungen zur Tagesordnung
9. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD	als Vertreterin für sachk. Bürger Schlüter
Herr Fred Fröschen	CDU	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Walther
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	als Vertreter für Stadtverordnete Gillen
Herr Walter Junker	CDU	
Frau Norma Kuhlmeiy	SPD	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	als Vertreter für Stadtverordne- ten Peter Fröschen

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Tim Böven	SPD	
Herr Johannes Bröhl	CDU	
Herr Hans-Jürgen Mallmann	FDP	
Herr Thomas Otten	CDU	als persönlicher Vertreter für sachk. Bürger McLarren
Frau Christa Thar-Hennes	UWG	als persönliche Vertreterin für Stadtverordnete Weinhold

Abwesende

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Herr Erwin Müller	CDU
Herr Gerd Streichert	SPD

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski	
Herr Verwaltungsangestellter Volkhard Dörr	bis Ende TOP 2
Herr Stadtverwaltungsrat Helmut Mainz	

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Ausschussvorsitzender **Weißborn** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und Herrn Hermann von der Pro3S.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete **Kuhlmeiy** teilte mit, dass die SPD-Fraktion ebenfalls am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschriften der letzten Sitzungen**

1.1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.04.2011**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing vom 07.04.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

1.2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.05.2011**

Sachkundiger Bürger **Mallmann** erklärte, seiner Meinung nach sei die Niederschrift nicht vollständig, da eine von ihm vorgenommene Stellungnahme fehle. Er habe diese Stellungnahme schriftlich formuliert und der Schriftführerin übergeben. Er bat darum, diese Ergänzung als Anlage zur heutigen Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt beizufügen.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** verlas die Stellungnahme:

„Stadtentwicklungsausschuss und Bau- und Umweltausschuss

Betr.: Protokoll zur Sitzung 03.05.2011 beider Ausschüsse

Sehr geehrte Frau Schade,

das oben genannte Protokoll ist nicht vollständig.

Nach den Ausführungen des Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses Herrn Weißborn bezüglich zur Beschlussempfehlung Einkaufszentrum habe ich dazu Stellung genommen.

Sinngemäß habe ich gesagt:

Beide Ausschüsse haben in der Vergangenheit in dieser Sache gute Arbeit geleistet. Es kann nicht sein, dass Herr Weißborn die gesamte Beschlussempfehlung ablehnt, weil zwei bis drei konkrete Punkte noch ungeklärt sind. Dann könne ja der Rat, der ohnehin den letzten Beschluss fasst, generell alles allein machen. Man brauche dann ja keine Ausschüsse mehr.

Es reicht aus, wenn man heute den Beschluss fasst und die offenen Punkte separat im Rat bearbeitet und nicht das Ganze wieder in Frage stellt.

Herr Weißborn antwortete:

Ich sehe, dass abgestimmt werden soll, also sollten wir das nun machen, wir werden uns enthalten.

Ich bitte, das Protokoll insoweit zu ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen

H. Jürgen Mallmann“

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing vom 03.05.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**2. Demografischer Wandel in Übach-Palenberg
hier: Handlungsfeld Wohnen**

Herr **Hermann** von der Pro3S berichtete in einem Folienvortrag über seine Untersuchungen zum Thema "Wohnen in Übach-Palenberg". Der Vortrag ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** dankte Herrn Hermann für den interessanten Bericht und fragte, ob es von Seiten der Ausschussmitglieder hierzu Fragen oder Anmerkungen gebe.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, Herr Hermann habe einerseits von Wohnraumleerstand gesprochen und andererseits von Wohnraumbedarf. Daraus lasse sich schließen, dass der verfügbare Leerstand nicht geeignet sei.

Herr **Hermann** bestätigte dies. Die Problematik beginne zum Beispiel damit, dass viele alte Wohnungen noch über Kohleöfen verfügen, also nicht entsprechend modernisiert worden seien.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte, ob dieser Standard denn in absehbarer Zeit veränderbar sei.

Herr **Hermann** antwortete, der Primärinvestor in Übach-Palenberg habe langsam begonnen, Veränderungen, sprich Modernisierungen, vorzunehmen. Wichtig sei, dass hier, auch von Seiten der Stadt, ein gewisser Druck ausgeübt werde.

3. Vorstellung der Planung für den Rathausplatz

Ausschussvorsitzender **Weißborn** erklärte, er wolle vorab noch einmal auf den Umstand hinweisen, dass der Bau- und Umweltausschuss in dieser Angelegenheit bereits entschieden habe, obwohl von der Reihenfolge gemäß der Zu-

ständigkeitsordnung zunächst der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing hätte beteiligt werden müssen und nicht umgekehrt. Dies habe er so auch in seinem Schreiben an den Bürgermeister und die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing erklärt. Diese Vorgehensweise sei mehr als unbefriedigend.

Stadtverordneter **Gudduschat** entgegnete, der Beschluss im Bau- und Umweltausschuss lautete „vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing“.

Bezogen auf den Brief des Ausschussvorsitzenden sei ihm aufgefallen, dass dieser als Vorsitzender der SPD-Fraktion geschrieben habe. Stadtverordneter Gudduschat verwies insoweit auf den Kopfbogen des Anschreibens. Weiterhin erklärte er, dass Stadtverordneter Weißborn in dem Schreiben von den Mitgliedern seines Ausschusses spreche, die sich verkohlt vorkommen. Jedoch sei ein solches Schreiben vorab nicht mit den Ausschussmitgliedern abgestimmt worden.

Sachkundiger Bürger **Mallmann** erklärte, er schließe sich Stadtverordneten Gudduschat an. Auch er wolle noch einmal darauf hinweisen, dass der Beschluss vorbehaltlich der Zustimmungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing und der Bezirksregierung gefasst worden sei.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** entgegnete, trotzdem sei eine solche Vorgehensweise nicht korrekt. Wenn ein Ausschuss im Rahmen der Beratungsfolge zu beteiligen sei, dann müsse dies zeitlich gesehen auch vor der Entscheidung erfolgen.

Auch wolle er zur Kenntnis geben, dass er es nicht für richtig halte, dass in der gleichen Sitzung, in der es um die grundsätzliche Planung gehe, auch bereits eine Vergabe erfolge.

Beschluss:

Die Planung und der Ausbau mit Betonsteinpflaster werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Sachkundiger Bürger **Mallmann** erklärte, man habe ja heute bereits einen sehr ausführlichen Vortrag von Herrn Hermann zum Thema Wohnen gehört. Seiner Meinung nach sei die vorliegende Beschlussempfehlung in diesem Zusammenhang ein positiver und zukunftsorientierter Beitrag, insbesondere auch für junge Familien mit weniger Geld.

Stadtverordneter **Gudduschat** sagte, im Bau- und Umweltausschuss habe man bereits ausführlich über die vorliegende Beschlussempfehlung diskutiert. Seiner

Meinung nach sollte man dieser nun zustimmen und im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit schauen, welche Einwände in dem Zusammenhang konkret noch vorgebracht werden. Aus der Einwohnerversammlung habe sich kein eindeutiges Meinungsbild ableiten lassen.

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, in der Einwohnerversammlung sei eine Planung vorgestellt worden, die im Vorfeld keiner kannte. Es sollte doch aber zumindest der Ausschuss vorab informiert werden, um sich auch entsprechend vorbereiten zu können.

Sachkundiger Bürger **Mallmann** sagte, die Meinung vertrete er nicht. Die Angelegenheit sei doch nun mehrfach besprochen worden, u. a. auch im Rahmen einer Ortsbesichtigung.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** entgegnete, im Ausschuss habe man im Vorfeld eine ganz andere Planung vorgestellt bekommen als schließlich in der Einwohnerversammlung. Zunächst sei es nur um einen kleinen Bereich gegangen, nun spreche man vom gesamten Baugebiet. Auch sehe er nicht, dass diese Planung im Einklang mit den von Herrn Hermann gemachten Äußerungen stehe. Dies sehe er vollkommen anders.

Stadtverwaltungsrat **Mainz** erklärte, man habe hier eine Anregung des Kreises Heinsberg aufgenommen. Die vorliegende Beschlussempfehlung sei nicht hausintern gewachsen.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** antwortete, dies sei klar. Aber dennoch müsse so etwas vorab im Ausschuss abgesprochen werden, bevor man damit in eine Einwohnerversammlung gehe. Man habe den Ausschuss im Vorfeld ja noch nicht einmal hierüber in Kenntnis gesetzt. Und dann wolle man jetzt auch noch eine Entscheidung treffen, die dem Ergebnis der Einwohnerversammlung entgegenstehe.

Stadtverordneter **Junker** fragte nach, welcher Beschluss denn in der Einwohnerversammlung gefasst worden sei.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** entgegnete, in einer Einwohnerversammlung werden keine Beschlüsse gefasst, sondern Meinungen kundgetan. Diese könne man im entsprechenden Protokoll nachlesen.

Stadtverordneter **Junker** fragte nach, wie denn die überwiegende Meinung in der Einwohnerversammlung gewesen sei.

Stadtverordnete **Bartel** antwortete, zusammenfassend habe sie die Tendenz wie folgt empfunden: einige waren für den Vorschlag, der größte Teil jedoch nicht.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dies sei auch immer eine Frage des persönlichen Empfindens. Er vertrete weiterhin die Meinung, jetzt für die Beschlussempfehlung zu stimmen und nach Abschluss der Beteiligung der Öffentlichkeit die konkret eingebrachten Einwände zu diskutieren.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** stellte klar, dass die SPD-Fraktion nicht grundsätzlich gegen die Änderung des Bebauungsplanes sei, sondern nur gegen einen Teilaspekt. Sie halte die Verlängerungsmöglichkeit der Bautiefen für falsch, die auch nicht den mehrheitlichen Wünschen der Einwohner entspreche.

Stadtverordneter **Junker** fragte, wie denn das weitere Verfahren aussehe. Es sei doch richtig, dass man nach dem Aufstellungsbeschluss und bei Eingang von konkreten Einwänden im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung noch eine andere Entscheidung treffen könne.

Stadtverwaltungsrat **Mainz** bestätigte dies und erklärte, es sei vorgesehen, die Planung auch noch einmal über die Presse bekanntzumachen. Auch für die Verwaltung sei bei der Einwohnerversammlung keine eindeutige Tendenz erkennbar gewesen.

Beschlussempfehlung:

1. **Der Planentwurf wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
2. **Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form eines Planaushangs von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.**
3. **Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

**8 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen**

5. **2. Änderung des Rahmenbetriebsplanes für den Tagebau Inden, Stellungnahme zum Antrag der RWE Power AG vom 17.12.2010**
-

Stadtverordneter **Gudduschat** bat darum, gegenüber der RWE Power AG Bedenken bezüglich der Anhebung des Grundwasserspiegels und der daraus möglicherweise entstehenden Folgeschäden zu äußern. Er wisse, dass man hier nicht viel machen könne, es sollte seiner Meinung nach aber angemerkt werden.

Beschlussempfehlung:

Die von der RWE Power AG beantragte 2. Änderung des Rahmenbetriebsplanes für den Tagebau Inden wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

7. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Berichte und Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen

Anfrage der CDU-Fraktion:

Stadtverordneter **Junker** verwies auf Seite 7 Absatz 4 der Niederschrift des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing vom 07.04.2011 (nichtöffentlicher Teil) und fragte, warum es in der Angelegenheit nicht weitergehe. Bereits damals habe er angemerkt, dass er es für wichtig halte, die zeitliche Komponente nicht aus den Augen zu verlieren.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** antwortete, Stadtverordneter Junker spreche da ein wichtiges Thema an. Allerdings habe nach der Sitzung am 07.04.2011 nur noch die gemeinsame Sitzung mit dem Bau- und Umweltausschuss stattgefunden. Die Verwaltung hätte seiner Meinung nach diesen Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung setzen müssen. Dies sei aber nicht geschehen.

Stadtverwaltungsrat **Mainz** erklärte, die Angelegenheit sei sehr problematisch. Es sei schwierig, hierfür Investoren zu finden. Derzeit laufen hierzu noch Gespräche.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** entgegnete, es gehe derzeit doch noch gar nicht darum, Investoren zu finden, sondern darum, welche Richtung man hier einschlagen wolle. Die grundsätzliche Planung sollte zunächst im Ausschuss erfolgen.

Stadtverordneter **Gudduschat** sagte, dann solle der Ausschussvorsitzende diesen Punkt doch auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** erklärte, dies werde er auch machen.

Anfrage der SPD-Fraktion:

Sachkundiger Bürger **Böven** erklärte, er beziehe sich auf das damals vorgestellte Marketingkonzept für das Ü-Bad und habe hierzu 3 Fragen:

1. Ist dieses Konzept umsonst gewesen? Oder wie wird hiermit weiter verfahren?
2. Warum wurde das Freibad in diesem Jahr erst so spät geöffnet?
3. Warum ist es nicht möglich an einem Tag zwischen Öffnung Hallenbad und Freibad zu wechseln? Wenn zum Beispiel morgens schlechtes Wet-

ter sei und somit das Hallenbad geöffnet habe, sich aber nachmittags das Wetter bessert, warum könne dann nicht doch noch das Freibad öffnen?

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, diese Fragen werden schriftlich beantwortet.

Sachkundige Bürgerin **Thar-Hennes** merkte an, sie könne sachkundigem Bürger Böven nur zustimmen. Die Öffnungszeiten seien nicht nachvollziehbar.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, man müsse unterscheiden, dass Übach-Palenberg ein Hallen- und ein Freibad unterhalte. Andere Städte, die nur ein Freibad haben, öffnen dieses entsprechend früher im Jahr.

Auch wolle er darauf hinweisen, dass das Wort Marketingkonzept hier der falsche Begriff sei. Es handele sich hierbei nicht um eine teuer eingekaufte Leistung.

Vorab wolle er schon einmal anmerken, dass der Wechsel zwischen Hallen- und Freibad mit Problemen verbunden sei. Dies werde in der schriftlichen Antwort dargelegt.

Sachkundiger Bürger **Böven** entgegnete, seiner Meinung nach dürfte es doch kein Problem sein, wenn das entsprechend schöne Wetter abzusehen sei, die Freibadsaison spontan früher als geplant zu eröffnen. Hierfür könne man doch den Technischen Betrieb mit einbinden.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, eigentlich befinde man sich innerhalb einer Anfrage an die Verwaltung und nicht in einer Diskussion. Aber die Anmerkung zum Technischen Betrieb wolle er jetzt nicht unkommentiert stehen lassen. Er wolle darauf hinweisen, dass auch der Technische Betrieb, insbesondere im Verhältnis zum vorhandenen Personal, mehr als ausgelastet sei, so dass solche zusätzlichen „Sonderaufgaben“ nicht möglich seien. Im Übrigen sei der Technische Betrieb beim „Auswintern“ des Freibades im Einsatz.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** bat darum, nicht weiter in die Diskussion einzusteigen und die Anfrage schriftlich zu beantworten.

Da weder Erweiterungen zur Tagesordnung noch Berichte und Mitteilungen der Verwaltung für den nichtöffentlichen Teil vorlagen, bestand Einvernehmen im Ausschuss, die Punkte 8 und 9 nicht aufzurufen.

Somit schloss Ausschussvorsitzender **Weißborn** um 19.00 Uhr die Sitzung.

Weißborn
Ausschussvorsitzender

Schade
Schriftführerin